



Dialog statt Durchregieren - Spaniens neue Regierung

ANALYSEN UND BERICHTE
NOVEMBER 2016

DR. WILHELM HOFMEISTER

www.kas.de/spanien

Mariano Rajoy wurde als Ministerpräsident Spaniens wiedergewählt. Aufgrund einer fehlenden parlamentarischen Mehrheit ist die Regierung zum Dialog mit der Opposition gezwungen. Baldige Neuwahlen sind vorerst vermieden, und wenn es der nun regierenden Volkspartei gelingt, den Dialog mit der Opposition konstruktiv zu führen und gegenseitiges Vertrauen zu bilden, könnte die Regierung länger im Amt bleiben, als manche erwarten.

Am Samstagabend, den 29. Oktober, wurde *Mariano Rajoy* von der Abgeordnetenversammlung des spanischen Parlaments als Ministerpräsident Spaniens wiedergewählt. Er erhielt 170 „ja“-Stimmen, gegen 111 „nein“-Stimmen und 68 Enthaltungen. Das ist zwar nicht die absolute Mehrheit von 176 Stimmen, doch es genügte diese einfache Mehrheit. Damit erhielt Spanien nach mehr als 300 Tagen wieder eine Regierung und in vorletzter Minute wurden erneute Wahlen kurz vor Weihnachten vermieden.

Nachdem *Rajoy* in zwei Wahlgängen am 31. August und 02. September keine erforderliche Mehrheit erhielt, blieben den Parteien im Parlament zwei Monate Zeit, um sich doch noch auf die Wiederwahl des Vorsitzenden der Volkspartei (*Partido Popular*, PP) zu verständigen. Andernfalls hätte der König gemäß Verfassung das Parlament wieder auflösen und Wahlen ausschreiben müssen. Das aber war von wichtigen Parteienvertretern und dem überwiegenden Teil der veröffentlichten Meinung als absurdes Theater abgelehnt worden, zumal auch erneute Wahlen das Kräfteverhältnis im Parlament nicht entscheidend verändert hätten, wie die Umfragen zeigen. Die Volkspartei hätte wohl einige zusätzliche Sitze gewonnen, aber die absolute Mehrheit wiederum verfehlt. Die Sozialisten der PSOE aber hätten sehr wahrscheinlich weitere Stimmen und Mandate verloren. Diese Aussicht hat schließlich dazu geführt, dass die Sozialisten zuerst ihren starrköpfigen Generalsekretär absetzten und dann bei dem entscheidenden Wahlgang am 29. Oktober durch Stimmenthaltung die Wiederwahl *Rajoy*s ermöglichten.

In einem ersten Wahlgang am 27. Oktober verfehlte *Rajoy* erwartungsgemäß die notwendige absolute Mehrheit und erhielt – wie bereits im Au-



gust und September – nur 170 der 350 Stimmen. Neben den Stimmen seiner eigenen Partei (137 Mandaten) waren das die 52 Stimmen der liberalen Partei *Ciudadanos* sowie die Stimme der Abgeordneten einer Regionalpartei von den Kanarischen Inseln. Auch im zweiten Wahlgang erhielt er nur 170 Stimmen. Doch die Enthaltung eines Großteils der sozialistischen Abgeordneten erlaubte nun seine Wahl.

Das neue Kabinett – Kontinuität vor Reformeifer

Nachdem Ministerpräsident *Rajoy* am Montag, den 01. November, vor König *Felipe VI.* seinen Amtseid geleistet hatte, ließ er sich einige Tage Zeit, um dem König am Donnerstagnachmittag, den 04. November, sein neues Kabinett vorzustellen. Einige der 13 Minister, darunter fünf Frauen, erhielten erst kurz vor dem Termin mit dem König den Anruf des Regierungschefs mit ihrer Bestätigung im Amt oder der Einladung zur Übernahme eines Kabinettspostens. Andere, wie der bisherige Innenminister *Jorge Fernández* und der bisherige Außenminister *José Manuel García-Margallo*, die als langjährige persönliche Freunde *Rajoy*s gelten, erfuhren erst am Donnerstagsvormittag, dass sie ihr Amt verlieren würden, obwohl beide den Wunsch geäußert hatten, weiterzumachen. *Fernández* stand zuletzt sehr stark in der Kritik, nachdem im Juni bekannt wurde, dass er die nationalistischen Parteien Kataloniens vom Geheimdienst hatte ausspionieren lassen. *García-Margallo* wurde häufig wegen des außenpolitischen Profilverlusts von Spanien kritisiert. Die Bestätigung dieser beiden Minister hätte dem Anspruch auf einen Neuanfang sofort jede Glaubwürdigkeit entzogen.

Sowohl der Stil, mit dem *Rajoy* die bisherigen und künftigen Minister bis kurz vor dem Termin mit dem König über ihre Ernennung oder Ablösung im Unklaren ließ, als auch die Zusammensetzung des Kabinetts selbst, wurden von den meisten Beobachtern so gedeutet, dass *Rajoy* seinen Charakter nicht ändern werde, gegenüber zu viel Transparenz und Diskussion misstrauisch bleibt und eher auf Kontinuität setzt, Reformen zwar nicht ausschließt, aber nicht unbedingt anstößt. Bereits in seiner Parlamentsrede vor seiner Wahl hat *Rajoy* deutlich gemacht, dass er nicht zu einer grundsätzlichen Änderung der in den vergangenen Jahren durchgeführten Reformen bereit ist. Das hat er durch die Bestätigung von Wirtschaftsminister *Luis de Guindos*, Finanzminister *Cristóbal Montoro* und Arbeitsministerin *Fátima Báñez* unterstrichen, die in den vergangenen Jahren die wichtigen (und von der Opposition am heftigsten kritisierten) Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsreformen durchgeführt haben. Insgesamt wurden sieben Minister bestätigt und sechs neue ernannt. Das unterstreicht die Absicht des Regierungschefs nach Kontinuität, gepaart mit vorsichtigem Wandel.

Innerhalb der PP mag es einige Erwartungen gegeben haben, auch jüngere Repräsentanten der Partei aus der zweiten Führungsreihe, die in den

vergangenen Jahren bekannt wurden und der Partei ein junges Gesicht verleihen, kämen bei der Vergabe der Ministerposten zum Zuge. Das war aber nicht der Fall. *Rajoy* verlangt absolute Gefolgschaft und wer zu früh eigene Ansprüche artikuliert, muss zurückstehen.

Allerdings sehen manche Beobachter in dem neuen Kabinett eine Stärkung der PP in der Regierung. Dies vor allem wegen der Ernennung der Generalsekretärin der Volkspartei, *Dolores de Cospedal*, zur neuen Verteidigungsministerin. Frau *Cospedal* hat bereits mitgeteilt, dass sie neben ihrem Ministeramt auch weiterhin Generalsekretärin der PP bleiben wolle. *Rajoy* hat aber nun untersagt, über diese Personalie bis zum Parteitag im Februar zu sprechen. Die meisten übrigen Minister haben zwar ebenfalls ein Profil als Mitglieder der Volkspartei, doch ihre Ernennung dürfte maßgeblich darauf zurückzuführen sein, dass *Rajoy* neben ihrer Loyalität auch Kompetenzen erwartet und zudem einen gewissen regionalen Proporz berücksichtigt hat. Das gilt besonders für den neuen Innenminister *Juan Ignacio Zoido*, der u.a. Vorsitzender der PP in Andalusien, und von 2011 bis 2015 Bürgermeister von Sevilla und Präsident des spanischen Gemeindeverbands gewesen ist, sowie für die neue Gesundheitsministerin *Dolors Montserrat*, die als einziges Regierungsmitglied aus Katalonien kommt und mit 43 Jahren die Jüngste im Kabinett ist, oder der Minister für Entwicklung und Infrastruktur *Iñigo de la Serna*, der seit 2007 Bürgermeister von Santander, der Hauptstadt Kantabriens und ebenfalls Präsident des spanischen Gemeindeverbands war. Erst im vergangenen Jahr wurde er als Bürgermeister wiedergewählt. Seine Ernennung kam für ihn anscheinend vollkommen unerwartet und er musste sozusagen Hals über Kopf die Ämter wechseln.

Aus dem Kreis der weiteren Kabinettsmitglieder sind folgende Personen besonders hervorzuheben (siehe im Anhang die komplette neue Ministerliste):

Soraya Sáenz de Santamaría, stellvertretende Ministerpräsidentin, die neben der Verantwortung für das Präsidialamt nun auch mit für territoriale Angelegenheiten zuständig wurde. Sie war bereits in der vergangenen Legislaturperiode die einzige Stellvertreterin von *Rajoy* und auch Sprecherin der Regierung, eine Funktion, die in Spanien von einem der Minister neben seinem Portefeuille wahrgenommen wird. Die Juristin *Sáenz de Santamaría* begann ihre Karriere als Assistentin von *Mariano Rajoy* im Jahr 2001, als dieser stellvertretender Ministerpräsident von *José María Aznar* war. Seither hat sie *Rajoy* loyal in verschiedenen Funktionen gedient und wurde dafür 2011 mit dem Kabinettsposten belohnt. Da sie nun zusätzlich das Ministerium für territoriale Angelegenheiten übernahm, wurde sie u.a. zuständig für die anstehenden schwierigen Verhandlungen mit Katalonien über eine etwaige Reform des Autonomiestatuts.

Iñigo Méndez de Vigo, Minister für Erziehung, Kultur und Sport und neuer Sprecher der Regierung. Von 1992 bis 2011 Mitglied des Europäischen Parlaments, von 2011 bis 2015 Staatssekretär für Europaangelegenheiten, wurde er erst 2015 zum Erziehungsminister ernannt und in diesem Amt nun bestätigt. Darüber hinaus wurde er nun mit der Aufgabe des Regierungssprechers beauftragt. *Méndez de Vigo* war Schüler der Deutschen Schule in Madrid und spricht fließend deutsch.

Alfonso Dastis, Außenminister. Er ist Berufsdiplomat und war seit 2011 Botschafter Spaniens bei der Europäischen Union. Seit vielen Jahren ist er ein wichtiger Berater *Rajoy* und hat in den vergangenen Jahren vor allem bei den Verhandlungen mit der EU eine wichtige Rolle gespielt. *Dastis* ist in Brüssel sehr gut vernetzt und gilt u.a. auch als Freund von EZB-Präsident *Mario Draghi*.

María Dolores de Cospedal, Verteidigungsministerin. Die ehemalige Ministerpräsidentin von Castilla-La Mancha (2011-15) ist seit 2008 Generalsekretärin der PP und neben dem Vorsitzenden *Rajoy* die mächtigste Person in der Volkspartei. Ihre Ernennung auf einen wichtigen Kabinettsposten war allgemein erwartet worden, wobei lediglich darüber spekuliert wurde, ob sie eventuell auch eine weitere stellvertretende Ministerpräsidentin werden könnte. In den Medien gilt sie als Rivalin von Frau Sáenz de *Santamaría*.

Dialog statt „Durchregieren“

Mag Ministerpräsident *Rajoy* seinen Willen für Kontinuität auch in der Auswahl seiner Minister zum Ausdruck gebracht haben – die politische Konstellation der neuen Regierung wird es nicht erlauben, einfach dort fortzufahren, wo seine vorherige Regierung im Dezember 2015 endete. Das gilt sowohl für die politischen Inhalte als auch den politischen Stil.

Von 2011 bis 2015 hat *Mariano Rajoy* eine Regierung geführt, die über die absolute Mehrheit der Sitze in beiden Kammern des Parlaments verfügte. Die Opposition hatte nichts zu entscheiden und die Regierung und die Volksparteien haben während der gesamten Legislaturperiode keinen Dialog mit der Opposition geführt, sondern ihre Vorhaben mehr oder weniger rigoros durchgesetzt. Selbst der Öffentlichkeit gegenüber sahen *Rajoy* und sein damaliges Kabinett keine größere Verpflichtung zu Dialog und Transparenz. *Rajoy* selbst hat während seiner ersten vier Regierungsjahre nur ganz selten Pressekonferenzen abgehalten – dann meist in Form der Verlesung von Mitteilungen ohne Möglichkeit für Nachfragen - oder Interviews gegeben. Auch die Minister haben kaum Anstrengungen unternommen, ihre Maßnahmen zu erklären und zu begründen. Selten gaben sie Interviews oder nahmen an Fernsehtalkshows teil. Die PP hat vier Jahre in einer scheinbar komfortablen Machthülle gelebt. Dieser Hermetismus und der verschlossene Regierungsstil *Rajoy*s haben, zu-

sammen mit den für einige Wählergruppen schmerzlichen Folgen der Sparmaßnahmen sowie den aufgedeckten Fällen von Korruption und Amtsmissbrauch (die meisten Fälle gehen aber auf die Zeit vor Rajoy's Amtsantritt zurück und betreffen nicht in erster Linie die nationale Partei-ebene) zu der Heftigkeit der Ablehnung des Ministerpräsidenten durch die anderen Parteien geführt. Diese Faktoren haben auch dazu beigetragen, dass die PP bei den Wahlen im Dezember 2015 deutlich an Stimmen verlor und im Juni 2016 davon nur einen kleinen Teil zurückgewinnen konnte. Nur weil die anderen Parteien, und dabei insbesondere die Sozialisten der PSOE, noch schlechter abschnitten, konnte sich *Rajoy* als Wahlsieger fühlen. Die Ursachen für die letztlich schlechten Wahlergebnisse sind in der PP jedoch bisher nicht – zumindest nicht öffentlich - analysiert oder diskutiert worden.

Ihre Machtfülle haben *Rajoy* und seine Volkspartei verloren. Die Regierung hat keine Mehrheit im Parlament. Nur die Angst der Sozialisten vor erneuten Wahlen hat dazu geführt, dass sie sich letztlich im entscheidenden Wahlgang der Stimme enthielten und dadurch die Wahl des Ministerpräsidenten ermöglichten. Sie haben im gleichen Moment eine scharfe Opposition angekündigt. Selbst die liberale Partei *Ciudadanos*, die – aus Mangel an anderen Alternativen - schon im August bereit war, ein Abkommen mit *Rajoy* über einige Reformmaßnahmen zu treffen und dann Ende August und Anfang September für ihn stimmte, übte bis zuletzt scharfe Kritik an dem bisherigen Regierungsstil des Ministerpräsidenten und machte seine Wahl u.a. von der Zusicherung konkreter Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, nicht zuletzt innerhalb der PP, abhängig. Da es mit *Ciudadanos* keine formale Koalitionsvereinbarung gibt, ist auch von Seiten dieser Partei keine automatische Zustimmung zu den Vorhaben der Regierung zu erwarten.

Angesichts dieser Konstellation hat *Mariano Rajoy* bereits in seinen Parlamentsreden vor den beiden Abstimmungen Ende Oktober versprochen, seine Regierung sei „offen für den Dialog“, auch wenn er gleichzeitig feststellte, dass er an den Grundzügen der in den vergangenen Jahren beschlossenen Reformen nichts ändern wolle. Dass er dennoch zu Konzessionen bereit ist, hat er vor seiner Wahl im Parlament deutlich gemacht, als er die Aussetzung einer umstrittenen Schulreform ankündigte, die von den Oppositionsparteien kritisiert worden war und gerade während der Parlamentsdebatten über seine Wahl zu Massendemonstrationen von Lehrern und Schülern führte. Die Vereinbarungen mit der Europäischen Union sowie die Einheit Spaniens stehen für ihn jedoch nicht zur Disposition. Darüber wird es keine Gespräche oder gar Verhandlungen mit ihm geben.

Die erste Bewährungsprobe für den neuen Stil des Dialogs ist die Diskussion über den Staatshaushalt für 2017, der dringend verabschiedet werden muss und der EU-Kommission bereits im Oktober hätte vorgelegt werden müssen. Die Sozialisten haben zwar bereits erbitterten Wider-

stand gegen weitere Kürzungen und andere Einschnitte angekündigt und eine Reform der Arbeitsmarktreformen gefordert, doch es ist durchaus wahrscheinlich, dass der Haushalt bis zum Frühjahr nächsten Jahres die notwendige parlamentarische Zustimmung erhält. Neben den Sozialisten hat Ministerpräsident *Rajoy* nun auch ein Gesprächsangebot an die baskische Volkspartei (PNV) gerichtet, deren fünf Abgeordnete zwar nicht für ihn stimmten, die aber programmatisch in vielen Politikbereichen konservative und wirtschaftsliberale Positionen ähnlich der Volkspartei vertritt.

Die Zerreißprobe der Sozialistischen Partei

Die Sozialistische Arbeiterpartei PSOE (*Partido Socialista Obrero Español*) war bisher neben der Volkspartei die zweite politisch dominierende Partei Spaniens. Bei den letzten allgemeinen Wahlen von 2011, im Dezember 2015 und im Juni 2016 erlitt sie herbe Niederlagen und einen kontinuierlichen Stimmenverlust. Bei ihrem letzten Wahlsieg 2008 erhielt sie noch 11 Millionen Stimmen und 169 Mandate in der Abgeordnetenkammer und stellte den Ministerpräsidenten (*Jose Luis Rodríguez Zapatero*), 2011 waren es nur noch 7 Millionen Stimmen und 110 Mandate, 2015 nur noch 5,5 Millionen Stimmen mit 90 Mandaten und im Juni 2016 nur 5,4 Millionen Stimmen (22,7%) und 84 Mandate.

Bereits nach der Wahl vom Dezember 2015 hatte der Bundesausschuss der PSOE beschlossen, in keinem Fall die Wiederwahl *Mariano Rajoys* im Parlament zu unterstützen. Das vage Koalitionsangebot *Rajoys* nach den Dezemberwahlen war deshalb ausgeschlagen worden. Stattdessen versuchte PSOE-Generalsekretär *Pedro Sánchez* im Frühjahr 2016, sich selbst mit den Stimmen von *Ciudadanos* und der linkspopulistischen Bewegung *Podemos* zum Ministerpräsidenten wählen zu lassen. Zwar unterzeichnete er ein Abkommen mit *Ciudadanos*, doch seine Wahl scheiterte an dem Nein von *Podemos* und dessen Führer *Pablo Iglesias*, der hoffte, dass seine Gruppierung bei notwendigen Neuwahlen die PSOE überholen könne. Die Neuwahlen vom Juni 2016 bescherten der PSOE zwar die erneute Niederlage, doch der „*sorpasso*“, die Überholung durch *Podemos*, die mittlerweile eine Allianz mit den Kommunisten bildeten, konnte knapp vermieden werden. *Pedro Sánchez* hielt dennoch an seinem „nein“ gegenüber *Rajoy* fest, obwohl es politisch und mathematisch keine Alternative zu dessen Wahl gab. Die einzige Alternative waren erneute Wahlen, deren voraussehbares Ergebnis eine Wiederholung der Patt-Situation gewesen wäre, allerdings mit leichten Zugewinnen für die PP und weiteren Verlusten der PSOE, die dann endgültig auf den dritten Platz des Parteiensystems abgedrängt worden wäre. Das Ergebnis der Regionalwahlen am 25. September im Baskenland und Galicien bestätigte diesen Trend.

Dennoch beharrte *Sánchez* auf seinem „nein“ gegen *Rajoy*. Er führte zudem offensichtlich Geheimverhandlungen mit *Podemos* und linksnationalistischen Kleinparteien, um eventuell doch noch eine so von ihm genann-

te „Regierung des Wandels“ bilden und anführen zu können. Dazu wären freilich erhebliche Konzessionen an die separatistischen Parteien notwendig gewesen, die die Mehrheit der sozialistischen Parteiführer in den Regionen nicht mittragen wollten. Nachdem infolge jener Regionalwahlen die innerparteiliche Kritik an *Sánchez* immer lauter wurde, musste er schließlich nach einer Abstimmungs-niederlage am Ende einer dramatischen Zusammenkunft des Bundesausschusses der Partei am 01. Oktober zurücktreten. Die Partei hat seither nur einen geschäftsführenden Vorstand, der von *Javier Fernández* geführt wird, dem Ministerpräsidenten der Region Asturien. Nach schwierigen internen Diskussionen und Gesprächen von *Fernández* mit *Rajoy* hat der geschäftsführende Vorstand die Abgeordneten der PSOE angewiesen, sich bei der zweiten Abstimmung im Parlament der Stimme zu enthalten und so die Wahl *Rajoy*s zu ermöglichen. *Fernández* teilte diese Entscheidung König *Felipe VI.* mit, woraufhin dieser *Mariano Rajoy* zur Wahl durch das Parlament vorschlug.

Während der Parlamentssitzungen am 27. und 29. Oktober hat der Sprecher der PSOE-Fraktion noch einmal alle Kritik und Vorbehalte seiner Partei an *Mariano Rajoy* artikuliert, allerdings im Ton deutlich zurückhaltender als *Pedro Sánchez* während der Debatten Ende August/Anfang September. Am 29. Oktober haben sich dann 68 Abgeordnete der PSOE der Stimme enthalten und damit die Wahl von *Mariano Rajoy* zum Ministerpräsidenten ermöglicht. 15 Abgeordnete der PSOE-Fraktion, darunter alle 7 der Regionalpartei PSC aus Katalonien, haben mit „nein“ gestimmt. *Pedro Sánchez*, dessen Abstimmungsverhalten mit Spannung erwartet worden war, hat vor der Abstimmung sein Mandat niedergelegt, um – wie er erklärte – sein „nein“ aufrecht zu erhalten, aber auch nicht gegen die Anweisung des geschäftsführenden Parteivorstands zu verstoßen. Er kündigte gleichzeitig an, dass er sich möglicherweise erneut um das Amt des PSOE-Generalsekretärs bewerben werde.

Die PSOE hat mit der Wahl von *Rajoy* ihre Krise keineswegs überwunden. Die Partei ist intern gespalten und die geschäftsführende Parteiführung will sich zunächst Zeit nehmen, ehe sie einen Kongress einberuft, bei dem eine neue Führung gewählt wird. Wahrscheinlich wird dieser Kongress nicht vor Juni 2017 stattfinden. Entscheiden muss die Partei unterdessen auch über Sanktionen gegen die Abweichler bei der Parlamentsabstimmung; diese müssen wahrscheinlich eine Strafe von 600 Euro für ihr „nein“-Votum bezahlen. Sehr viel schwieriger ist der Umgang mit den Sozialisten Kataloniens, die formal eine eigenständige Partei sind (PSC, Partit dels Socialistes de Catalunya), aber dennoch als Teil der PSOE behandelt werden, in den nationalen Parteigremien vertreten und Mitglied der gemeinsamen Parlamentsfraktion sind. Die katalanischen PSC gehört zu den vehementesten Gegnern *Rajoy*s und es wird erwartet, dass dieser zweitgrößte Verband innerhalb der PSOE (der größte ist der Verband Andalusiens) bei den anstehenden Parteiwahlen *Pedro Sánchez* oder einen anderen Vertreter einer radikalen Oppositionslinie unterstützen könnte.

In Katalonien hat die PSC gerade eine Allianz mit den linken und nationalistisch bis separatistischen Regionalparteien angekündigt. Das stellt die Geschlossenheit der PSOE auf eine weitere Zerreißprobe.

Angesichts der internen Konflikte verliert die PSOE nach neuesten Umfragen weiter an Zustimmung und wird gegenwärtig deutlich von *Podemos* überholt. Der neue Generalsekretär wird sehr wahrscheinlich wieder in einer Urwahl gewählt, womit *Pedro Sánchez* Chancen für eine Rückkehr hätte.

Regierungsstabilität ohne Mehrheit?

Spanien hat nun wieder eine Regierung, die jedoch nicht über eine parlamentarische Mehrheit verfügt und theoretisch jederzeit vom Parlament gestürzt werden kann. Allerdings sind die Aussichten gar nicht so schlecht, dass die Regierung länger bestehen bleibt, als die Mehrheitsverhältnisse und politischen Gegensätze der maßgeblichen Parteien vermuten lassen. Erstens hat *Mariano Rajoy* als Regierungschef viel Handlungsspielraum und er kann auch gegebenenfalls selbst entscheiden, wann ein opportuner Zeitpunkt für erneute Wahlen ist (die frühestens im Mai 2017 stattfinden könnten). Zweitens ist die augenblickliche Lage der PSOE so verzweifelt, dass diese Partei kein Interesse an baldigen Neuwahlen hat und deshalb sicherlich im Parlament Konzessionen an die Regierung macht. Drittens aber besteht die Aussicht, dass die augenblickliche Konstellation tatsächlich die Dialog- und Konsensfähigkeit der politischen Parteien, das meint insbesondere die der Volksparteien und der Sozialisten, fördert und die politische Kultur der Konfrontation durch eine politische Kultur der Konsensbildung abgelöst wird. Das würde sicherlich helfen die anstehenden Aufgaben, darunter insbesondere die weitere Konsolidierung der Wirtschaft und die Verhandlungen mit Katalonien, erfolgreich voranzubringen. Dass *Mariano Rajoy* der Protagonist eines solchen politischen Kulturwandels in Spanien sein kann, muss man nicht ausschließen. Der fast einjährige politische Stillstand hätte sich dann gelohnt.

Die spanische Regierung ab November 2016

Mariano Rajoy (61), Ministerpräsident

Soraya Sáenz de Santamaría (45), stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für das Präsidialamt und die Verwaltung der Territorien

Luis de Guindos (56), Minister für Wirtschaft, Industrie und Wettbewerb

Alfonso Dastis (61), Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit [neu]

Rafael Catalá (55), Justizminister

María Dolores de Cospedal (50), Verteidigungsministerin [neu]

Cristóbal Montoro (66), Minister für Finanzen und öffentliche Verwaltung

Juan Ignacio Zoido (59), Innenminister [neu]

Fátima Báñez (49), Ministerin für Arbeit und Soziale Sicherheit

Iñigo de la Serna (45), Minister für Entwicklungsförderung (Infrastruktur) [neu]

Iñigo Méndez de Vigo (60), Minister für Erziehung, Kultur und Sport und zugleich Sprecher der Regierung

Álvaro Nadal (46), Minister für Energie, Tourismus und Digitale Agenda [neu]

Isabel García Tejerina (48), Ministerin für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung, Umweltschutz

Dolors Montserrat (43), Ministerin für Gesundheit, Sozialdienste und Gleichstellung [neu]